

Entscheidet Karlsruhe den Hunde-Streit?

Steuererhöhung in Philippsburg soll jetzt Fall für Rechtsaufsichtsbehörde werden

Philippsburg. Im Streit um die deutliche Erhöhung der Hundesteuer in Philippsburg sind die Beteiligten nach einer Aussprache um Schadensbegrenzung bemüht. Das Treffen von Bürgermeister Stefan Martus (CDU) mit Vertretern des Vereins „Pro Hund Philippsburg“ gestern Nachmittag im Rathaus sei von Sachlichkeit geprägt gewesen, sagte Carsten Walther, der Vorsitzende der Protest-Initiative. Man habe in dem Gespräch bei mehreren Punkten eine Einigung erzielen können, sagte Walther der Bruchsaler Rundschau. So wolle man gemeinsam das Problem der Verschmutzung des öffentlichen Raums durch Hundekot angehen. (Die BNN berichteten.)

Keine Einigung wurde nach Angaben der Initiative beim Hauptstreitpunkt, der Verdoppelung der Hundesteuer, erzielt. Bürgermeister Martus hatte schon in Vorfeld mehrfach betont, dass eine Änderung oder Rücknahme der vom Gemeinderat beschlossenen Hundesteuererhöhung mit ihm nicht zu machen sei. Allenfalls im Hinblick auf zukünftige Erhöhungen signalisierte er Gesprächsbereitschaft.

Doch für die von empörten Hundehaltern eigens deshalb gegründete Initiative „Pro Hund“ ist die „Rücknahme der ungerechtfertigten und unverhältnismäßigen Erhöhung der Hundesteuer“ die Hauptforderung.

In diesen Zusammenhang wird nun offenbar eine Klärung von der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes in Karlsruhe angestrebt, wie zu erfahren war. Details zum weiteren Vorgehen sollen aber erst in den kommenden Tagen veröffentlicht werden, sagte gestern eine Sprecherin der Stadtverwaltung. Geplant ist demnach eine gemeinsame Erklärung von Stadtverwaltung und Hundehaltern.

Bürgermeister Martus war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Die plötzlich so zurückhaltende Informationspolitik unterscheidet sich deutlich von den öffentlichen Vorhaltungen, die sich „Pro Hund“ und

Stadt und Protest-Verein planen gemeinsame Erklärung

Stadtverwaltung bisher machten. So stellte die Initiative vehement die ordnungspolitische Begründung für die Steuererhöhung in Frage. Zudem sei die Entscheidung des Gemeinderats auf Basis falscher Zahlen getroffen

worden. Es gebe in der 12 600-Einwohner-Stadt gar nicht 1 700 Hunde, sondern womöglich deutlich weniger. Auf der Internetseite der Initiative (www.pro-hund-philippsburg.de) heißt es: „Insofern ist die beschlossene Steuererhöhung mangelbehaftet und bei Bedarf verwaltungsgerichtlich zu überprüfen.“ Der neue Verein, der nach eigenen Angaben bereits mehr als 250 Mitglieder hat, rief Hundehalter dazu auf, gegen den Abgabe-Bescheid für 2010 Widerspruch einzulegen und empfahl die Rücknahme von Einzugsermächtigungen.

Martus erwehrte sich der Angriffe in einer ausführlichen Stellungnahme in seinem Amtsblatt. Im „Stadtanzeiger Philippsburg“ schrieb er: „Die momentan stattfindende un-

sachliche Diskussion und die schriftlichen und mündlichen Angriffe wegen der in Philippsburg beschlossenen Hundesteuererhöhung sind nicht nur ärgerlich, sie entbehren jeder Grundlage.“ Er verteidigte die Erhöhung als Lenkungsmaßnahme, da Hinweisschilder und Bußgeldandrohungen in der Vergangenheit bei der „Hundekot-Problematik“ keinen Erfolg gebracht hätten.

Zudem widersprach Martus der Darstellung, der Stadt entstehe durch Hundehaltung kaum Kosten. Der Bürgermeister: „Wir gehen davon aus, dass die Haushaltsmittel aus den Hundesteuereinnahmen wohl wieder ausreichen werden, um die anfallenden Kosten zu decken, welche bei der Stadt für die Beseitigung von Hundekot anfallen.“

Bei „Pro Hund“ wartet man nun mit Spannung auf die Einschätzung der Rechtsaufsicht in Karlsruhe. Deren Entscheidung werde man natürlich akzeptieren. Der Vorsitzende Walther: „Das sind schließlich unbeteiligte Dritte.“

Daniel Streib